

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dorothea Schäfer (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Prüfung beim Verwaltungsgericht Mainz

Die **Kleine Anfrage 551** vom 4. Januar 2012 hat folgenden Wortlaut:

Laut einem Medienbericht („Mainzer Rhein-Zeitung“ vom 4. Januar 2012) soll eine Prüfung beim Verwaltungsgericht Mainz klären, wie häufig Bürger das Verwaltungsgericht aufsuchen und wie viele Kläger persönlich zu mündlichen Verhandlungen gekommen sind. Das Ergebnis der Prüfung soll der von der Landesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Justizstrukturreform vortragen werden; sie soll am 10. Januar das Oberverwaltungsgericht besuchen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchen zeitlichen Abständen finden in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit an den einzelnen Gerichtsstandorten Geschäftsprüfungen statt?
2. Wer bestimmt, wann und wo diese Prüfungen stattfinden?
3. Wann hat die letzte Geschäftsprüfung am Verwaltungsgericht Mainz stattgefunden?
4. Handelt es sich bei der in dem o. g. Medienbericht angesprochenen Prüfung um eine reguläre Geschäftsprüfung?
5. Wenn nein: Was ist der konkrete Anlass bzw. was soll konkret geprüft werden/wurde konkret geprüft?
6. Wie viele Akten werden/wurden hierfür durch wie viele Personen in Augenschein genommen?
7. Was ist das Ergebnis der Prüfung, gemessen an dem in der Antwort zu Frage 4 oder 5 formulierten Auftrag?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Januar 2012 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Gemäß Nr. 2.1 des Rundschreibens des Ministeriums der Justiz über Geschäftsprüfungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 24. September 2004 (1401 – 1 – 10) wird jedes Verwaltungsgericht – wie auch jedes andere Gericht und jede Staatsanwaltschaft in Rheinland-Pfalz – mindestens alle vier Jahre von der jeweils unmittelbar vorgesetzten Dienststelle geprüft.

Innerhalb dieses Rahmens bestimmt der Präsident des Oberverwaltungsgerichts für seinen Zuständigkeitsbereich die näheren Modalitäten der Prüfung.

Zu Frage 3:

Die letzte Prüfung des Verwaltungsgerichts Mainz hat im Dezember 2007 stattgefunden.

Zu Frage 4:

Ja.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts hat die Geschäftsprüfung überdies zum Anlass genommen, eine Erhebung durchzuführen, wie oft Bürgerinnen und Bürger die Rechtsantragstelle aufgesucht und wie viele private Beteiligte persönlich an mündlichen Verhandlungen teilgenommen haben.

b. w.

Zu Frage 5:

Entfällt, vgl. Beantwortung der Frage 4.

Zu Frage 6:

Es wurden 748 Akten (auszugsweise) von drei Bediensteten in Augenschein genommen.

Zu Frage 7:

Nach Mitteilung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts hat die Ermittlung der Anzahl der bei der Rechtsantragstelle gestellten Anträge bzw. erhobenen Klagen in allgemeinen Streitverfahren in den Jahren 2010 und im ersten Halbjahr 2011 ergeben, dass in 17 Verfahren die Klagen oder Anträge zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erklärt wurden. Bezogen auf die geprüften Verfahren entspricht dies einer Quote von 2,3 %.

In folgenden Fällen haben Bürgerinnen und Bürger persönlich an mündlichen Verhandlungen teilgenommen:

Im Jahr 2010 wurde in 13,4 % der bei dem Verwaltungsgericht Mainz erledigten Verfahren eine mündliche Verhandlung durchgeführt. In 209 mündlichen Verhandlungen erschienen in 130 Verfahren (also in 62,2 %) private Prozessbeteiligte. Da insbesondere auf Klägerseite gelegentlich mehrere Personen erschienen waren, kamen insgesamt 158 Privatpersonen in die mündliche Verhandlung. Bezogen auf die Gesamtzahl der in 2010 erledigten 1 565 Verfahren (bzw. der erledigten 449 Klageverfahren) ergibt sich eine Quote von 8,3 % (bzw. 29,0 %), in denen private Beteiligte persönlich erschienen sind.

Im ersten Halbjahr 2011 wurde in 17,2 % der bei dem Verwaltungsgericht Mainz erledigten Verfahren eine mündliche Verhandlung durchgeführt. In 125 mündlichen Verhandlungen erschienen in 75 Verfahren (also in 60,0 %) private Prozessbeteiligte. Da insbesondere auf Klägerseite gelegentlich mehrere Personen erschienen sind, kamen insgesamt 85 Privatpersonen in die mündliche Verhandlung. Bezogen auf die Gesamtzahl der im ersten Halbjahr 2011 erledigten 727 Verfahren (bzw. der erledigten 214 Klageverfahren) ergibt sich eine Quote von 10,3 % (bzw. 35,1 %), in denen private Beteiligte persönlich erschienen sind.

Jochen Hartloff
Staatsminister